

**Ein Roundtable-Gespräch mit Dieter Boris,
Klaus Meschkat und Urs Müller-Plantenberg.**

Chile und die deutsche Linke

Wir haben uns heute hier in Hannover getroffen, um wichtige Einschnitte in der jüngeren Geschichte Chiles – insbesondere die Ereignisse der Allende-Zeit, den nachfolgenden Militärputsch und die Diktatur – zu besprechen und in ihrer Bedeutung für die deutsche Linke zu eruieren. Dabei werden wir am Ende sicher noch auf die aktuelle Situation zu sprechen kommen, die ja sehr kontrovers eingeschätzt wird. Fangen wir vielleicht mit einigen persönlichen Eindrücken an. Was hat seinerzeit deutsche Wissenschaftler nach Chile, ein doch recht abseitiges Land, getrieben?*

Müller-Plantenberg: Ich wurde 1968 eingeladen, um an einem einjährigen Forschungsprojekt über die Provinz Talca teilzunehmen. Es war das letzte Regierungsjahr von Eduardo Frei. Mein deutscher Kollege Franz Hinkelammert, der in Chile arbeitete, bat mich drei Jahre später, doch als Gastprofessor und Gastforscher an die Katholische Universität zu kommen. Dem habe ich gerne entsprochen, obwohl das Gehalt, das wir da bekamen, in US\$ berechnet außerordentlich niedrig war, der Escudo war damals schon sehr stark gesunken. Ich habe also von März 1972 bis März 1973 in Chile in einem Projekt gearbeitet, in dem es um die Wirtschaftsprogrammatik der Regierung der *Unidad Popular* ging. Dass ich erst im März 1973 nach Deutschland zurückkehrte, hatte den Vorteil, dass ich gerade noch bis zum Putsch Zeit hatte, eine gewisse Infrastruktur für die spätere Solidaritätsarbeit aufzubauen.

Boris: Mein Bezug zu Chile stammt aus dem Jahre 1970, und zwar genau dem September 1970. Mit dem Wahlausgang hatte sich mein und das Interesse einer kleinen Arbeitsgruppe in Marburg auf Chile gerichtet, so dass wir uns eingehend damit befasst haben. Ich selbst bin erst später nach Chile gekommen, war vom 15. Februar bis zum 1. Mai 1973 dort.

* Das Interview mit Dieter Boris, Klaus Meschkat und Urs Müller-Plantenberg führten Detlef Nolte und Peter Imbusch am 12.9.2000 im Institut für Soziologie der Universität Hannover.

Ich bin dann im Mai zurückgefahren und habe somit die Entwicklungen zum Putsch miterlebt. Später bin ich 1980 noch einmal nach Chile gereist. Mein Interesse wurde über die politische Entwicklung, insbesondere die Wahl 1970, ausgelöst.

Meschkat: Man müsste sich eigentlich die Frage stellen, warum man sich überhaupt mit Lateinamerika beschäftigte. Ich bin durch einen merkwürdigen Zufall dort hingekommen. Eigentlich war ich Osteuropa- Soziologe und Historiker und hatte an der Freien Universität einen Kurs von Stipendiaten zu betreuen, die von einem Rockefeller-Programm finanziert wurden, junge Lateinamerikaner, die sich mit Osteuropa vertraut machen sollten, um in ihren Ländern Osteuropa-Institute aufzubauen. In diesem Zusammenhang, und das war meine erste Begegnung mit Chile, lernte ich drei interessante Chilenen kennen. Einer war der Sohn von Radomiro Tomic, dem Präsidentschaftskandidaten der Christdemokraten, der 1970 gegen Allende unterlegen war. Ein anderer, Gaston Salvadore, wurde später in der Studentenbewegung eine Art Assistent von Rudi Dutschke; und ein Dritter war bei der CODELCO beschäftigt. Das war meine erste Begegnung mit Chilenen. Ich bin dann erst über den "Umweg" Kolumbien, über das ich mit einem Habilitationsstipendium der DFG arbeitete, nach Chile gekommen. In diesem Rahmen war ein Aufenthalt in Santiago vorgesehen, das damals ein intellektuelles Zentrum Lateinamerikas war, was heute kaum noch bekannt ist. Nach einigen Monaten am CESO, einem Institut der *Universidad de Chile*, habe ich mich dann in Concepción im Süden Chiles niedergelassen, wie ich dachte, mit einer festen Professur für lange Zeit. Es dauerte dann nur vom März 1973 bis zum Putsch.

Das hört sich so an, als wenn die politischen Hintergründe für die Beschäftigung mit Lateinamerika oder Chile gar nicht ausschlaggebend waren?

Müller-Plantenberg: Doch, meine Wahl Chiles gegenüber Mexiko oder Panama hatte schon mit der Situation im Land selbst zu tun.

Boris: Für mich schließt die wissenschaftliche Beschäftigung mit einem Land ein, dass man politisch an der Entwicklung des Landes interessiert ist. Man hätte vielleicht von Kolumbien aus auch nach Uruguay gehen können, aber wahrscheinlich nicht nach Guayana.

Meschkat: Ich hatte zu dem Zeitpunkt für den Zweck meiner Arbeit vielleicht auch nach Mexiko gehen können. Dennoch möchte ich noch einmal betonen, dass unabhängig von der politischen Konjunktur der Entscheidung für Chile – generell der Beschäftigung mit Lateinamerika – schon eine politische Motivation zugrunde lag: Die Beschäftigung mit Lateinamerika hatte etwas zu tun mit der Hoffnung auf revolutionäre Veränderungen in der Dritten Welt, mit der Figur von Che Guevara u.a. Dies war für viele das Motiv, sich überhaupt diesem Kontinent zuzuwenden.

Fragen wir einmal nach der konkreten Bedeutung Chiles für die deutsche Linke. Für diejenigen, die das nicht bewusst miterlebt haben, muss man inzwischen erklären, warum das weit entfernte Chile für die Linke in Deutschland Bedeutung gewonnen hat.

Müller-Plantenberg: In der Hinsicht stellen wir eine gewisse Ausnahme dar, denn für die Linke insgesamt oder für die verschiedenen Gruppen der Linken hat Chile wirkliche Aufmerksamkeit eigentlich erst mit dem Militär-Putsch von 1973 gewonnen. Bis dahin musste sich erst noch herumsprechen, dass mit der Präsidentschaft von Salvador Allende der Versuch gemacht worden war, Demokratie und Sozialismus zu vereinbaren oder – wie man damals sagte – den Sozialismus auf demokratische Weise aufzubauen. Ein solches Projekt, das war damals die eigentliche Hoffnung eines eher geringen Teils der Sozialdemokraten und eines eher geringen Teils der Kommunisten, aber eigentlich doch insbesondere die heimliche Hoffnung der 68er-Generation, also der Studentenbewegung und der jüngeren Leute. Es wurde erst in dem Moment des Putsches klar, welche vermeintlich welthistorische Chance da verloren gegangen war, und das hat die Leute dann wirklich erst aufgerüttelt. Man hatte ja ähnliche Hoffnungen mit der Revolution in Kuba verbunden und auch mit dem Prager Frühling von 1968. Es schien so, dass mit Chile ein Land der Dritten Welt das Beispiel für eine Transformation abgeben könnte, die auch in Europa, vielleicht in Italien oder Frankreich, stattfinden könnte. Aber bevor die verschiedenen Gruppen der Linken in Deutschland richtig mitbekommen hatten, was sich in Chile wirklich ereignete, war alles schon vorbei, so dass eigentlich nur noch die Solidaritätsarbeit übrig blieb. Das 'historische Projekt' Chile war damit eigentlich bereits abgeschlossen.

War denn der Putsch oder doch die Wahl Allendes das wichtigere Datum?

Boris: Die Wahl war wohl auch ein Signal und hat die Medienberichterstattung zeitweise auf Chile gelenkt. Aber Chile war ein Land, das man politisch und historisch fast nicht kannte, am anderen Ende der Welt, jenseits der Anden und ökonomisch nicht sonderlich bedeutsam. Das hat sich zwar nach dem 4. September 1970 geändert, aber man kann nicht sagen, dass die Diskussionen der Linken sich jetzt auf den Fall Chile konzentrierten. Die Wenigen, die sich mit Lateinamerika befassten, haben es jetzt stärker in den Blick genommen, aber man konnte die Leute wahrscheinlich an zwei Händen abzählen, die sich nach dem 4. September 1970 mit Chile beschäftigten.

Meschkat: Im Großen und Ganzen würde ich mich dem anschließen. Allerdings möchte ich Eure Äußerungen ein bisschen relativieren, denn dieses Unerwartete in Chile hat doch diejenigen, die sich im weitesten Sinne zur Linken rechneten, beschäftigt. Ich habe gerade eine Korrespondenz mit Rudi Dutschke gefunden, der kein Lateinamerika-Spezialist war, aber sein Interesse daran äußerte. Wir dürfen nicht vergessen, es war ja die Zeit des Zerfalls der frühen Studentenbewegung in zahlreiche konfligierende Gruppen, eine Zeit der Neuorientierung vieler, die Zeit auch der Vorgeschichte und Geschichte der RAF. Alle diese Gruppierungen hatten eine gewisse internationale Orientierung. Man muss sich die Bedeutung von Vietnam und des Vietnam-Kongresses mit der Losung von Che Guevara, "weitere Vietnams zu schaffen", vergegenwärtigen. Dies alles lag in der Luft, und so hat man versucht, Chile zu interpretieren. Die einen betrachteten es als ein Experiment für einen sozialistischen Weg, der durch Wahlen eingeleitet werden könnte, um auf einem friedlichen und graduellen Weg zum Sozialismus zu kommen, und die anderen sagten, dieser Weg wird nicht funktionieren und setzten auf die Mobilisierung von unten, eventuell auch auf den bewaffneten Kampf. Es gab also schon damals verschiedene Versuche mit Blick auf Chile, Argumente für das zu finden, was man selbst an politischen Prioritäten vertrat.

Inwiefern konnte denn Chile da Orientierung bieten?

Müller-Plantenberg: Ich würde sagen: überhaupt gar nicht. Die Interpretation der Ereignisse in Chile war von den eigenen Interessen der politischen

Gruppen und von deren Ideologie geleitet. Man wollte nicht wirklich aus Chile lernen, denn man sagte, aus dem Fall Chile ließen sich folgende Lehren ziehen, aber das waren immer schon die Dinge, die man vorher längst wusste. Im Unterschied zu uns, die wir vor Ort in diesem Laboratorium des Klassenkampfes waren, hat man gar kein richtiges Interesse gehabt, die verschiedenen politischen Konjunkturen und die unterschiedlichen sozialen Interessen innerhalb Chiles genau zu analysieren, sondern man hatte seine vorgeprägte Meinung, und nach den Ereignissen in Chile hat man das eventuell etwas modifiziert. Das Komplizierte ist nicht nur, dass die *Unidad Popular* zuerst große Erfolge verbuchte und dann erst große Probleme bekommen hat, sondern auch, dass innerhalb der *Unidad Popular* ganz verschiedene Interessen existierten und das Regierungsprogramm der *Unidad Popular* ein Programm war, auf das sich alle einigen konnten, weil es schwammig war: Es war anti-imperialistisch, weil es die Verstaatlichung des Großkupferbergbaus verlangte, es war anti-feudal, weil es die Agrarreform stark beschleunigen wollte, und es war anti-monopolistisch, weil es die Banken und die großen Industrien verstaatlichen wollte, aber damit war nichts darüber gesagt, ob es auch anti-kapitalistisch sein sollte. Das blieb dem Interpretationsspielraum der verschiedenen Parteien oder Gruppen innerhalb der *Unidad Popular* anheim gestellt. Große Teile der Sozialisten und die christliche Linke innerhalb der Regierung verstanden es als erste Schritte zur Abschaffung des Kapitalismus, andere, wie die Kommunisten und Radikalen und Allende selbst, verstanden es als die Ermöglichung eines sozial-sensiblen modernen Kapitalismus. Das waren ganz divergierende Interpretationen dieses Programms und entsprechend suchten die Gruppen innerhalb der deutschen Linken nach Partnern auf chilenischer Seite, die sie bestätigen konnten.

Meschkat: Beim Letzten würde ich widersprechen: Ich würde auch Allende und den chilenischen Kommunisten zubilligen, dass sie damals subjektiv glaubten, dass ihre Politik auf eine Überwindung des Kapitalismus hinauslief.

Müller-Plantenberg: Langfristig!

Meschkat: Ja langfristig, das ist richtig. Aber damals gab es auch in der deutschen Sozialdemokratie noch sehr viele, die langfristig auf eine Überwindung der kapitalistischen Ordnung hofften, es allerdings anders machen wollten, als die Kommunisten. Das war damals schon ein gemein-

samer Horizont, und ohne diesen Horizont wäre es auch unverständlich gewesen, dass radikale linke Gruppierungen, die direkter auf den Sozialismus zusteuern wollten, eine Möglichkeit sahen, mit anderen Sektoren zu kooperieren. Es ging doch darum, wie man in einem Land der Dritten Welt den Kapitalismus überwinden kann, sei es durch eine Massenmobilisierung und durch eine Zuspitzung der sozialen Lage kurzfristig, oder mit einer geschickten Bündnispolitik, an die Allende und die Kommunisten glaubten, langfristig. Aber diese Perspektive war doch bei allen vorhanden.

Müller-Plantenberg: Zu der Bündnispolitik möchte ich noch anmerken, dass diese eigentlich komplett gescheitert ist, weil die kommunistische Partei und auch Allende versucht haben, durch immer weitere Zugeständnisse die Mittelschichten auf ihre Seite zu ziehen. Je größer die Zugeständnisse waren, um so unverschämter wurden deren Forderungen. Das war eigentlich der Punkt, an dem das ganze Konzept nicht aufging. Nach dem Programm der UP hätten die Mittelschichten durchaus für die Regierung der *Unidad Popular* sein können.

Boris: Wir waren ja eigentlich noch bei dem Punkt des Stellenwertes des UP-Wahlsieges. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass es vielleicht bei Wissenschaftlern, die sich mit Lateinamerika und der Dritten Welt befasst haben, eine Rolle spielte, aber in der gesamten damaligen Ostpolitik war das ein ganz kleines Pünktchen. Wer von den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern hat sich denn jemals in Chile sehen lassen? Brandt hat Allende nie kennen gelernt. Das hat keine große Rolle in der Sozialdemokratie gespielt, vielleicht haben sich die "Jusos" interessiert. Chile stand nicht oben auf der Agenda. Es gab keine Solidaritätsbewegung. Es war ein interessantes Land, was man bisher nicht kannte, das nun auf einmal in die mediale Öffentlichkeit geriet. Aber zurück zu dem Realismus der UP-Zielsetzungen, die Grundlagen für den Übergang zum Sozialismus zu schaffen.

Vielleicht können wir übergehen zu einer Bewertung der Unidad Popular und ihrer Koalitionspolitiken. War das Scheitern quasi vorgegeben oder hätte die Unidad Popular Erfolg haben können? Wo lagen die Ursachen für den Militärputsch? Und dann natürlich die zeitgeschichtlich interessante Frage, ob sich rückblickend Euer Urteil über die Hintergründe des Schei-

terns der Unidad Popular verändert hat oder das damalige Urteil weiterhin gültig ist?

Müller-Plantenberg: Ich würde schon sagen, dass bestimmte Ideen, die in der Zeit der *Unidad Popular* Gestalt angenommen haben, nämlich die starke Beteiligung der Bevölkerung an öffentlichen Diskussionen, die Idee der Volksmacht etc., Dinge sind, die doch zu einer positiven Bewertung der *Unidad Popular* beitragen können. Das Hauptproblem der *Unidad Popular* war die mangelnde programmatische Klarheit und die Unentschiedenheit der Beteiligten untereinander in Bezug auf die Interpretation des Programms. Zudem gibt es wenigstens zwei Dinge, die heute von allen relativ positiv bewertet werden, nämlich die Verstaatlichung des Großkupferbergbaus, der seinerzeit einstimmig beschlossen wurde, und die Agrarreform. Chile hätte heute nicht eine so effiziente Landwirtschaft, wenn es diese Agrarreform nicht gegeben hätte. Aber alles andere ist von der Regierung unter der Militärdiktatur systematisch zurückgeschraubt worden, systematisch in andere Richtungen gelenkt worden. Was die Ursachen des Putsches und die Gründe des Scheiterns angeht, so gibt es, glaube ich, nicht nur einen Grund. Es gibt eine ganze Anzahl von Gründen. Man darf m.E. nicht vergessen, mit welcher Insistenz Richard Nixon und Kissinger und der CIA und die von ihm bezahlten Kräfte in Chile versucht haben, von Anfang an das UP-Projekt unmöglich zu machen. Dazu kamen natürlich auch Kräfte in Chile selbst. Dazu gehört aber auch die Tatsache, dass die UP niemals die Bevölkerungsmehrheit wirklich hinter sich hatte, sie konnte zwar auf einen großen Teil der Bevölkerung, immerhin 40%, zählen, aber sie hatte niemals die Mehrheit. Dann muss man die erheblichen Finanznöte, die die Regierung Allende produziert hat, erwähnen und sehen, dass diese Finanznöte dazu geführt haben, dass der Internationale Währungsfonds und die Weltbank eine ungeheure Macht gehabt haben, über das wirtschaftliche Schicksal Chiles zu entscheiden. Die schlechte Bündnispolitik der UP gegenüber den Mittelschichten wurde bereits erwähnt. All das hat dazu beigetragen, dass die UP scheitern konnte.

Boris: Zum Scheitern der UP und der veränderten Einschätzung kann ich sagen, dass man aus heutiger Sicht einen gelungenen Übergang zum Sozialismus für noch unwahrscheinlicher halten muss, als damals. Allein schon wegen der weltweiten Kräfteverhältnisse und den externen Restriktionen: US-Imperialismus, Boykott-Politik, Zahlungsverweigerungen

etc., die ja nicht nur von den USA, sondern auch von mit den USA verbündeten Ländern – selbst sozialdemokratische Regierungen haben teilweise mitgemacht – durchgeführt wurden. Aber ich will noch ein, zwei Punkte hinzufügen, die mir wichtig erscheinen: einmal die fehlende Militärpolitik, die auch der *Partido Socialista* immer wieder bei seinen Analysen als großes Manko herausgestellt hat, d.h. dass das Militär als sakrosankte, professionelle demokratische Institution betrachtet wurde und man nicht versuchte, es irgendwie in den Transformationsprozess einzubeziehen, um wenigstens einen Teil des Militärs im Falle des Falles, der dann im September 1973 eintrat, zu neutralisieren. Das ist m.E. ein ganz großer Fehler gewesen. Der zweite Punkt betrifft die Bündnispolitik. Wenn wir die Stimmengewichtung bei Wahlen anschauen, dann stellt sich in der Tat die Frage, wie realistisch es war, von Anfang an mit einer solch heterogenen Unterstützung eine grundlegende Umwälzung von Ökonomie und Gesellschaft anzustreben, ob es nicht notwendig gewesen wäre, zunächst einmal zu versuchen, die soziale Basis zu erweitern, und nicht die durch die Kommunalwahlen 1971 beflügelte Hoffnung zu nähren, dass man so in den Sozialismus hineinwächst, es ein Spaziergang zum Sozialismus wird. Mit einem solch ungeheuer scharfen Aufbrechen der Klassendifferenzen und Klassenkämpfe, gegen das man irgendwie gewappnet sein musste, rechnete in der UP wohl niemand.

Müller-Plantenberg: Aber die UP hat in dem Moment, als sich andeutete, dass es schwierig werden würde, dass die Verteilungskämpfe zunehmen, auf illegales Vorgehen von Spediteursvereinigungen nicht mit harter Hand reagiert, sondern mit Zugeständnissen, so dass man dieser Angelegenheit nur noch mit einer Regierungsbeteiligung des Militärs Herr werden konnte. Das meine ich mit verkehrter Bündnispolitik. Es geht nicht darum, ob man die Mittelschichten für sich gewinnen will, sondern es geht darum, mit welchen Mitteln man das tut. Wenn diese Mittel zusätzlich den Effekt haben, die Inflation anzuheizen, dann wird es noch schlimmer.

Ihr habt in Eurer Analyse hauptsächlich auf die äußeren, nicht von der UP verursachten Probleme hingewiesen (Imperialismus, falsche Bündnispolitik, ökonomische Zwänge etc.). Ein Großteil dieser Probleme sind aber erst durch die Politik der UP entstanden: Ich denke etwa an die vorauseilende Sozialisierung von Industriebetrieben, die besetzt waren oder besetzt wur-

den, die dann ökonomische Zwänge geschaffen haben, die für die UP als Regierung gar nicht mehr handhabbar waren.

Boris: M.E. lag der wesentliche Grund des Scheiterns darin, dass die UP die Diskrepanz zwischen den Notwendigkeiten einer radikalen Umwälzung und den politischen Möglichkeiten dazu nicht klar genug gesehen hat. Im Prinzip wäre es in Chile notwendig gewesen, nach einem Jahr eine Verfassungsänderung vorzunehmen, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, um dann mehr Möglichkeiten zu haben. Das hätte auch eine Politisierung, Mobilisierung, Diskussion bewirkt und vielleicht auch die Mittelschichten stärker einbezogen. Das war eine Grundlinie der falschen Politik, die kurz gesagt in der Unterschätzung der Kräfte des Gegners und einer Überschätzung der eigenen Kräfte bestand.

Müller-Plantenberg: Die Wirtschaftspolitik der UP hat auf bestimmten Illusionen aufgebaut insofern, als sie gesagt hat, man kann massiv umverteilen zugunsten der ärmeren Schichten der Bevölkerung, ohne dass die Produktionsstruktur wesentlich verändert wird. Auf diese Weise wurden die ganzen Engpässe produziert. Man muss sehen, dass im ersten Jahr der UP die Nachfrage nach Kartoffeln, Bohnen und Zigaretten um mehr als 50% zugenommen hat, das ist einsamer Weltrekord. Die Leute haben zum ersten Mal die Gelegenheit gehabt, so viele Kartoffeln zu kaufen, wie sie brauchten, um satt zu werden, und das geschah durch eine Umverteilung zugunsten der armen Bevölkerung. Das konnte auf Dauer nicht gut gehen, weil ungenutzte Kapazitäten nicht bei Kartoffeln existierten, sondern bei dauerhaften Konsumgütern. Dadurch entstanden Versorgungsschwierigkeiten, die insbesondere bei den Mittelschichten für Konsequenzen politischer Art gesorgt und die Leute aufgebracht haben.

Meschkat: Für mich stellt sich die Frage noch ein bisschen anders. Wenn man auf diesen US-amerikanischen Imperialismus zurückkommt, den man ja heute nicht mehr so gerne erwähnt, also auf die Rahmenbedingungen, unter denen die UP überhaupt angetreten war, und die finstere Entschlossenheit der US-Regierung, dieses Experiment mit allen Kräften zu einem schnellen Ende zu bringen, dann muss man sich fragen, unter welchen Voraussetzungen es überhaupt verantwortlich ist, einen alternativen politischen Weg anzukündigen und zu versuchen, diesen durchzusetzen. Auf einzelne Fehler zu verweisen, also etwa im Militär ein paar

Veränderungen vorzunehmen, oder in der Wirtschaftspolitik diese und jene Maßnahmen zu ergreifen, damit die Sabotage von Teilen der Mittelschichten nicht zum Tragen kommt, darüber kann man sicherlich reden. Aber dann erkennt man, dass die chilenische Linke vor einem grundsätzlichen Dilemma stand, und das Dilemma bestand aus meiner Sicht darin, dass für die Allende-Regierung die Notwendigkeit bestand, in einem großen Umfang die Sektoren der Bevölkerung, deretwegen man eigentlich die Revolution machte, auch wirklich zu mobilisieren, und diese Mobilisierung andererseits notwendigerweise Ängste und Furcht bei den Mittelklassen auslöste. Im Falle der Streitkräfte lässt sich z.B. sagen, dass jeder Versuch, die Streitkräfte wirklich unter Kontrolle zu bekommen, mit einem noch früheren Putsch beantwortet worden wäre. Alle waren sich bewusst, dass diese Kaste unantastbar gewesen und geblieben ist. Die Frage ist dann, unter welchen Voraussetzungen man überhaupt eine Kraftprobe riskieren konnte.

Müller-Plantenberg: Das Erstaunliche an dem chilenischen Militär ist aber doch eigentlich gewesen, eine wie große Zahl von Generälen, Offizieren – von Soldaten gar nicht zu reden – verfassungstreu geblieben ist. Wie sehr diese Verfassungstreue strapaziert worden ist, sieht man alleine daran, dass sich viele Militärs umgebracht haben oder in den Tod getrieben wurden. Die Bourgeoisie in Chile hat nachher die große Leistung für sich selbst vollbracht, dieses Militär insgesamt auf ihre Seite zu ziehen. Das war eine sehr anstrengende und schwierige Angelegenheit, aber sie hat es geschafft und damit den Militärputsch erst ermöglicht. Der Militärputsch war nicht von vornherein abzusehen.

Der Putsch war wohl das einschneidende Erlebnis. Wie hat jeder von Euch den Putsch erlebt? Noch einmal die Frage, warum der Putsch dann die Aufmerksamkeit der Linken viel stärker auf Chile gezogen hat, als etwa die Wahlen 1970?

Boris: Die Ursachen des Putsches liegen auf der Hand. Mit den Wahlen vom 4. März 1973 war deutlich geworden, dass sich die Hoffnungen auf eine Zweidrittel-Mehrheit der Opposition nicht realisieren würden – und damit eine verfassungsmäßige Destitution unmöglich wäre –, jedenfalls nicht auf kurze Sicht. Die Wahlen waren ein relativer Erfolg für die UP (43% der Stimmen), die Opposition hoffte, dass sie unter 33% bliebe, um dann Zweidrittel-Mehrheit im Senat zu haben. Nach den Wahlen ist

deutlich geworden, dass jetzt die letzte Runde eingeläutet würde. Täglich hat man die Steigerung der Aktivitäten der Rechten gespürt, es kam zu Zusammenstößen, Provokationen, Tränengaseinsätzen, und zunehmend gewann man den Eindruck, dass man auf eine gewaltsame Entfernung der Regierung setzte. Dazu wurden alle möglichen Rechtfertigungen herangezogen, etwa das Chaos in der Wirtschaft, beim Privateigentum, die Inflation, die Isolierung nach außen etc. Aber es war dennoch überraschend, dass der Putsch mit einer solchen Härte und in so drastischer Form vonstatten ging, dass mit einer solchen Massivität gegen eine Regierung vorgegangen wurde, die sich nichts hatte zu Schulden kommen lassen, sondern nur auf demokratische Weise die Gesellschaft grundlegend verändern wollte. Das hat auch bei uns einen ziemlichen Schock ausgelöst und hat viele Leute mitgerissen, die vorher Chile nur dem Namen nach kannten, sich kaum für Dritte-Welt- oder Lateinamerika-Fragen interessierten. Es gab eine ungeheure Welle von Bewegung, Mitleid und emotionaler Betroffenheit. Es gab zahlreiche Demonstrationen und vielfältige Proteste.

Müller-Plantenberg: Wir hatten 2½ Monate vor dem Putsch in Berlin eine kleine Informationsschrift gegründet, die alle 14 Tage erscheinen sollte, die *Chile-Nachrichten*, und hatten, wie wir dann nach dem Putsch nachlesen konnten, immer geschrieben, dass es wahrscheinlich nicht zu einem Putsch kommen würde, aber den Weg zu einem Putsch so genau analysiert, dass dem aufmerksamen Leser eigentlich klar sein musste, es wird dazu kommen. Wir wollten nicht glauben, was wir selbst geschrieben hatten. Und deshalb war auch die Empörung bei uns und anderen so heftig. Auf den Putsch in Chile folgten allerlei mögliche Interpretationen, auch solche, die ihn dann sehr schnell als faschistisch abstempelten. Es war ja zu diesem Zeitpunkt in keiner Weise absehbar, welche sozialen Folgen dieser Militärputsch haben würde, wie es weitergehen würde, sondern es hat ein halbes Jahr gedauert, bis die enge Verbindung zu den *Chicago Boys* und ihrer Idee von einer "Revolution für eine freie Gesellschaft" klar wurde.

Meschkat: Ich habe ja den Putsch und die Zeit vor dem Putsch in Chile selbst miterlebt und möchte in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Rolle des Militärs zurückkommen, weil ich mich deutlich an die Zeit Anfang August 1973 erinnere, also 5-6 Wochen vor dem Putsch. In der Provinz war die Lage noch schlimmer als in Santiago. Wir hatten in

Concepción eine große Veranstaltung mit Beteiligung der Gewerkschaften, eine Veranstaltung zum Protest gegen die Folter in der Kriegsmarine. Es war bekannt geworden, dass hier Matrosen, die es gewagt hatten, sich politisch zu erkennen zu geben oder sich zu betätigen, auf die übelste Weise gefoltert worden waren. Darüber wurde in dieser legalen Veranstaltung berichtet. Am Ende wurden alle Teilnehmer, zu denen auch ich gehörte, von *Carabineros* durch die Straßen gejagt, gegen die Wand gestellt, untersucht, eingeschüchtert, d.h. die Rolle des repressiven Apparates war schon unter der Allende-Regierung prekär. Ein anderer Aspekt, an dem dies gezeigt werden kann, waren die provokativen Durchsuchungen der Betriebe und der *poblaciones* nach dem Waffenkontrollgesetz, die im Grunde genommen zeigten, dass Teile des Staatsapparates nicht unter der Kontrolle der Regierung standen. Das wollte ich stärker in den Mittelpunkt rücken, dass nämlich der Anspruch der Regierung der UP, wirklich die Macht in Chile in der Hand zu haben, teilweise fiktiv war. Die Frage war doch, wie viel Zeit nötig wäre, um die Kräfteverhältnisse zu verändern. Der Putsch kam auch deswegen, weil trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine Niederlage der UP aus sich heraus gar nicht zu erkennen war, er kam auch deshalb, um all diese Prozesse zu unterbrechen und ein Ende zu setzen. Die Unausweichlichkeit einer solchen Zuspitzung wurde von Tag zu Tag deutlicher. Dass der Putsch ein solches Echo gefunden hat, hatte auch etwas damit zu tun, dass so Viele Hoffnungen auf dieses Experiment gesetzt hatten.

Müller-Plantenberg: Im Vergleich zu Argentinien kann man sagen, dass Isabel Perón und der Hexer ja gegenüber Allende nicht gerade Lichtfiguren darstellten, sondern im Gegenteil einen Putsch durchaus verdient hatten – wenn auch nicht diesen Putsch! Mit der Regierung der UP waren tatsächlich große Hoffnungen verknüpft. Trotz der Zuspitzung des Klassenkampfes und einer extrem chaotischen politischen Organisation hat die UP nicht verloren, sondern sie hatte sich gehalten oder sogar ihren Stimmanteil verbessert. Deshalb war in dem Moment das Entsetzen so groß.

Hat der Putsch auch die Strategie- oder Theorie-Diskussionen der deutschen Linken beeinflusst? Wir wissen ja beispielsweise, dass in Italien der "historische Kompromiss" der Kommunisten sehr stark von der chilenischen Erfahrung beeinflusst wurde.

Boris: Das ist jetzt ein schwieriges Terrain, aber man kann ganz allgemein sagen, dass dieser Vorgang keinen großen Reflexionsprozess oder Forschungsprozess "Wie war's" und "Wäre es möglich gewesen?" ausgelöst hat. Er hat eher eine Befestigung von vorher vorhandenen Vorurteilen ausgelöst. Jeder hat sich bestätigt gefühlt: die K-Gruppen, die maoistischen Gruppierungen, die sozialdemokratischen und auch die KP-Kräfte. Es gab sicherlich auch noch andere Gruppen, links-sozialistisch unabhängige Gruppierungen, Sponti-Gruppen, aber gerade die hatten mit Chile nicht sehr viel am Hut.

Müller-Plantenberg: Doch, die Chile-Komitees waren beispielsweise rein spontaneistisch!

Boris: Aber ganz generell kann man sagen, dass Chile nicht den Reflexionsprozess ausgelöst hat oder die Leute irgendwie die Fronten hat wechseln lassen, da es ohnehin schon diese Instrumentalisierungsattitüde gab. Das ist durch die Ereignisse noch verstärkt und später durch die unmittelbare, tagtägliche Arbeit überdeckt worden. Es war also nicht so, dass viele politische Kräfte dies theoretisch intensiv bearbeitet hätten, zumindest nicht in den ersten Monaten nach dem Putsch.

Müller-Plantenberg: Immerhin gab es eine Reihe von europäischen Kongressen über Chile. Ich entsinne mich an einen, wo nur so allgemeine Prinzipien beschworen wurden, aber keine Strategien diskutiert wurden. Es gab allerdings interessante Reaktionen, etwa als die portugiesische (Nelken-)Revolution stattfand, aber kaum ein Wort über Portugal verloren wurde, weil man aufgrund der chilenischen Erfahrung gesagt hat: "Militärs sind das Letzte. Von Militärs kann man nichts verlangen, Militärs machen immer das Schlimmste, was man sich vorstellen kann." Das Interessante oder auch Traurige war, dass schon wenige Wochen nach diesen Chile-Kongressen ein Teil der Leute, die da teilgenommen hatten, umgestiegen ist auf das Thema Portugal und sich nicht mehr weiter für Chile interessierte.

Nach dem Putsch im Exil haben sich ja die Parteien zunächst einmal weiter aufgesplittert, und es gab die unterschiedlichsten Interpretationen über die Hintergründe des Putsches, auch die Strategie gegenüber dem Militärregime innerhalb der chilenischen Exilgruppen. Verließ diese Diskussion weitgehend in kleinen Zirkeln oder hat sich die deutsche Linke, soweit die Zielgruppen in Deutschland waren, auch eingebracht?

Müller-Plantenberg: Also innerhalb der Solidaritätsbewegung hat es natürlich Verdoppelungen in dem Sinne gegeben, dass die verschiedenen chilenischen Parteien und Gruppen ihre besonderen Vertrauensleute haben wollten. Auf der deutschen Seite gab es vielfach dieses Bemühen, die Solidarität als Einbahnstrasse zu betrachten, nach dem Motto "Wir müssen sie unterstützen, wir hier sind in der Pflicht". Aber das hatte wenig mit den politischen Diskussionen zu tun, sondern das wurde immer mehr von "Berufssolidariern" betrieben. Auf der anderen Seite gab es natürlich unter den Exilierten Bemühungen, Anschluss an die deutsche Realität zu finden, besonders stark bei den Frauen. Es hat auch abgestufte Formen der Identifikation mit dem Gastland gegeben: Manche lebten nur in ihrer Welt, nur in Chile, andere, die sich hier vollständig integriert haben, und praktisch zu Deutschen geworden sind.

Wir haben bisher über die westdeutsche Linie gesprochen, gab es auch Reaktionsformen in der DDR oder hat das im Gegensatz zum Westen keine Rolle gespielt?

Müller-Plantenberg: In der DDR gab es erstens von Berlin aus so etwas wie eine Unterform des offiziellen Anti-Faschismus, d.h. der chilenische Putsch wurde mit aller Macht abgelehnt; zweitens wurde das chilenische Exil und die chilenische Opposition mit allen Mitteln unterstützt. Die Chilenen, die in der DDR exiliert waren, haben in der Regel sofort Arbeit bekommen, ein Mindestmaß an materieller Unterstützung, es wurde ihnen allerdings abgefordert, dass sie politisch diszipliniert zu agieren hätten, so wie das in der DDR notwendig war. Ich entsinne mich daran, dass ein kommunistischer Arzt, der vor seiner Übersiedlung in die DDR noch eine Woche bei uns gewohnt hatte, nach zwei Jahren zu uns kam und sagte, er wollte sich einfach nur einmal aussprechen. Er erzählte dann entsetzt, dass seine Kinder offen rassistische und anti-semitische und nazistische Sprüche in der Schule gehört hätten, es ihnen aber strikt verboten worden sei, darüber zu reden. Das hatte diese Chilenen doch sehr entsetzt, das war die andere Seite der Medaille dieses offiziellen Anti-Faschismus.

Wir sollten dann zur Militärdiktatur selbst kommen. Wie waren hier die Einschätzungen der Linken? Am Anfang war nicht absehbar, dass die Militärdiktatur so lange dauern würde, dass es gar eine der längsten Militärdiktaturen in Lateinamerika werden würde.

Müller-Plantenberg: Ich sagte schon, am Anfang geisterte das Wort des Faschismus umher, das war sicher nicht zutreffend, denn das Einzige, was man über die Militärdiktatur am Anfang sagen konnte, war, dass sie äußerst brutal zugeschlagen und einen Polizeistaat etabliert hatte. Das hätte noch der Katholischen Soziallehre entsprechen können oder sonst irgendetwas. Nur dass die Parteien der Linken da keinen Stand haben würden, das war klar. Es hat sich jedenfalls erst mit der Zeit in der Linken in Deutschland herumgesprochen, dass die Diktatur Pinochets das neoliberale Programm der *Chicago Boys* mit äußerster Brutalität – jetzt nicht in Form von bewaffneten Auseinandersetzungen, sondern in Form von sozialer Erbarmungslosigkeit – durchführte und dass dieses neoliberale Programm nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein politisches und gesellschaftliches Projekt war, dessen ganze Tragweite lange nicht begriffen wurde. Die Schock-Therapie, die von den Neoliberalen ab dem Jahre 1975 durchgesetzt wurde und zweimal (1975 und 1982) zu fürchterlichen wirtschaftlichen Einbrüchen geführt hat, hat für einige Jahre zu einer einfachen Interpretation Chiles durch die westdeutsche Linke geführt: Neoliberalismus – das ist Krise, das ist brutale Militärdiktatur, brutales Zugreifen der Polizeikräfte und des Militärs, das ist die brutale Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen der Bevölkerung. Seit 1986 hat sich dann die Lage insofern geändert, als sich, ausgehend von den tiefen Depressionen, die über Chile gekommen sind, im Rahmen des neoliberalen Modells ein bedeutendes Wirtschaftswachstum ergeben hat, das zwar eigentlich nur einen Aufhol- oder Rekonstruktionsprozess darstellte, aber von den Chilenen doch so wahrgenommen wurde, dass man in der Endphase dann Diktatur plus relatives Wohlergehen gesehen hat. Dieses Umschalten ist in der deutschen Linken sehr langsam vor sich gegangen, dieses Verstehen, dass auch mit einem neoliberalen Programm – wenn erst einmal alles vorher zerstört war – Aufschwung möglich ist. Insofern ist das Umschwenken der linken und christdemokratischen Politiker in Chile auf dieses neoliberale Wirtschaftsprogramm in den letzten Jahren der achtziger Jahre überhaupt nicht verstanden worden.

Boris: Noch einmal zum Faschismus-Begriff und dessen Einschätzung. Ich denke, dass der Begriff weniger als wissenschaftlicher, sondern als Kampf-Begriff benutzt wurde, um die Brutalität deutlich zu machen, um auch die Kontinuität des Anti-Faschismus deutlich zu machen und auch ein bisschen als Symbol-Begriff der Abgrenzung innerhalb der Linken, der dazu diente, eine anti-faschistische Einheitsfront herzustellen. Das war eine Begrifflichkeit, die auf der politisch-symbolischen Ebene gelegen hat. Auch im wissenschaftlichen Bereich hat es natürlich Versuche gegeben, das irgendwie zu retten. Ich erinnere mich an eine Konferenz in Mexiko-Stadt 1976, da haben Orlando Caputo und Fernando Faynzilber versucht, ein Konstrukt Militär-Faschismus oder so etwas wie einen peripheren Faschismus zu entwerfen, eine faschistische Ordnung im Sinne des Monopol-Kapitals, aber ohne soziale Basis. Später ist das dann fallen gelassen worden, weil man durch die Analyse anderer Militärdiktaturen merkte, dass Militär-Diktatur nicht gleich Faschismus ist. Außerdem konnten diejenigen, die in den Jahren 1979, 1980 und 1981 nach Chile gefahren sind, völlig verdutzt zurückkommen, weil man in Chile – im Gegensatz zu manchem re-demokratisierten Nachbarstaat – kaum Militär und Polizei sah, im Zentrum von Santiago keine zerlumpten Gestalten herumhingen, sondern nur adrett gekleidete Leute anzutreffen waren, saubere Straßen und Märkte sowie glitzernde Konsumtempel zu sehen waren. Da haben sich viele gefragt: “Wo ist hier der Faschismus? Wo ist die Repression? Wo ist der Polizeistaat?” Es war alles wohl geordnet und keiner fühlte sich bedrängt. Man hatte eine neue Institutionalität in Chile geschaffen (Plan Laboral, Verfassung etc.), aus der eine neue Legitimität erwuchs, die sozusagen die Krassheit der faschistischen Unrechtssituation, des totalen Willkürzustandes und des ökonomisch dauernden Abwärtsgehens hinter sich ließ. Abgesehen von den nationalen Protesttagen der Jahre 1983 und 1984 ging entsprechend auch die Solidaritätsarbeit ständig zurück.

Müller-Plantenberg: Dazu kam auch, dass die chilenischen Parteien untereinander darüber zerstritten waren, ob sie das Angebot einer von den Militärs kontrollierten Demokratisierung annehmen sollten oder nicht. Sich in die Wählerlisten neu einzuschreiben, bedeutete ein nicht unbeträchtliches Risiko, das bestimmt für die Kommunisten wesentlich größer war als für die Christdemokraten oder die Anhänger der Radikalen Partei. Insofern gab es sehr unterschiedliche Meinungen darüber, was man tun sollte. Man hat sich in Deutschland die Köpfe einge-

schlagen, ob es richtig sei, bei den Wahlen von 1989 mitzumachen oder nicht.

Der Rückgang der Solidaritätsbewegung Anfang der achtziger Jahre war natürlich auch darauf zurückzuführen, dass plötzlich Zentralamerika auftauchte. Es gab die erfolgreichen Revolutionäre in Nicaragua, die Aufstandsversuche in El Salvador, und die Linke in Chile passte sich vermeintlich immer mehr dem neoliberalen System an. Hat in den achtziger Jahren eine Entfremdung zwischen der deutschen Linken und der chilenischen Linken stattgefunden? Ich erinnere mich an so manchen Artikel, wo fast eine Verbitterung durchklingt, dass die chilenische Linke sich doch ganz anders entwickelt hat als man es erwartet hätte.

Meschkat: Man muss zwei Dinge im Auge behalten: Zum einen gab es ja vielfältigen Widerstand gegen die Diktatur, von den traditionellen Parteien der chilenischen Linken, dann den bewaffneten Widerstand von der MIR, aber auch der kommunistischen Partei, die dann umgeschwenkt ist. Es gab Versuche der Selbstorganisation in den Armenvierteln und vielfache Ansätze, in einer durch die Militärdiktatur atomisierten Gesellschaft wieder etwas Neues zu schaffen. Nach dem missglückten Attentat auf Pinochet wurde die Mobilisierung von unten wieder zurückgedrängt und in ihre Schranken verwiesen. Angesichts dieser Erfahrungen war es zum anderen natürlich klar, dass man gegenüber den gewendeten Sozialisten, die plötzlich versuchten, Realpolitik zu betreiben, eine große Distanz besaß. Vielfach hieß es: "Die haben nicht das Recht, mit irgendwelchen Manövern den Pinochet auszutricksen." Zwar war ein Ende der Diktatur willkommen, aber mit diesen Kräften wollte man nichts zu tun haben, denn sie beabsichtigten, das traditionelle Spiel der Parteien wieder einführen, gegen das die unabhängige Linke gerade einmal aufgestanden war.

Müller-Plantenberg: In den achtziger Jahren gab es zwei Entwicklungen: Die eine ist der langsame und schwierige Weg zur Demokratie mittels der geschützten oder kontrollierten Demokratisierung durch die Verfassungshüter und die Wahlen Ende 1989; das andere ist die Akzeptanz des neoliberalen Wirtschaftskonzeptes als Grundlage für ein weiteres Wachstum der Wirtschaft in Chile und damit auch der Modernisierung, die von der Diktatur geleistet worden ist, seitens der Opposition. Es ist schon interessant, dass in der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen

Diskussion in Deutschland Chile vor allem wegen der Rentenversicherung vorkommt. Das Abgehen vom Solidaritätsprinzip wird als die große Masche empfunden und Chile damit als Vorreiter des neoliberalen Projektes in der Welt hingestellt.

Boris: Dazu passt die gesamte Diskussion um die “*società civile*” (Gramsci), die ominöse und berüchtigte Zivilgesellschaft. Das ursprüngliche Konzept und der Sinn des Begriffs ist vollkommen in den Hintergrund getreten. Inzwischen wird die *Sociedad Civil* nicht mehr als zu überwindende Schranke hin auf dem Weg zum Sozialismus, sondern unter Einbezug des Marktliberalismus als zu erreichendes Endziel uminterpretiert. Unter diesem Banner sind viele ehemalige Linke zu Adepten eines vielleicht sozial aufgeplusterten und abgefederten Neoliberalismus geworden. Ich nenne hier nur Carlos Ominami, der ursprünglich ein ganz radikaler Regulationstheoretiker in Frankreich gewesen ist, sich als Marxist ganz radikal gab und zwei Jahre später in einem neoliberal geführten Kabinett Wirtschaftsminister wurde. Dafür war sicherlich die Vermittlungsebene Zivilgesellschaft nicht unwichtig als geistiges Bindeglied dieser Umkehrentwicklung.

Müller-Plantenberg: Die Konzepte von Gramsci sind allerdings durchaus nützlich, um die Veränderungen in der chilenischen Gesellschaft zu begreifen. Das Projekt der *Unidad Popular* wäre nicht möglich gewesen, wenn die kulturelle Hegemonie der Bourgeoisie nicht schon angeknackst gewesen wäre. Was die Bourgeoisie, das Bürgertum, in Chile dann geschafft hat, nämlich die Militärs zusammen mit den Neoliberalen und all denen, die diesen Prozess getragen haben, ist, die kulturelle Hegemonie in fast allen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen zu erringen. Die Presse besteht nur aus zwei großen Monopolen; die Kirche – einst eine Gewalt gegen die Militärdiktatur – huldigt einem Konservatismus fürchterlichster Art; in praktisch allen Bereichen – im Fernsehen, selbst im Fußball – ist diese konservative Mentalität herrschend geworden, die es möglich macht, dass ein sozialistischer Präsident gewählt werden kann, ohne dass sich viel verändert. Die Angst, die man vor Allende gehabt hat, die war bei Ricardo Lagos nicht mehr existent, weil man wusste, dass die Bastionen des kulturellen Konservatismus so festgezurr sind, dass es quasi unmöglich ist, irgend etwas zu ändern.

Meschkat: Das beinhaltet natürlich für viele von uns eine gewisse Distanz zur offiziellen Linken in Chile, die in meinem Falle größer geworden ist.

Die eine Sache ist, dass mit ganz wenigen Ausnahmen die gesamte chilenische Linke, und zwar gerade auch Personen aus dem ehemals revolutionären Lager, auf diese Linie eingeschwenkt sind. Die linken Intellektuellen in Chile sind zum großen Teil Träger eines neoliberalen Projekts geworden. Diese neue Führungsschicht hat noch eine andere unangenehme Eigenschaft, die allerdings in Chile auch sehr weit verbreitet ist, sie ist sehr stolz auf die chilenischen Erfolge, und das ist der Kitt, der alles zusammenhält. Das neoliberale Modell verheißt ja sozusagen für das Land eines abhängigen Kapitalismus die Standortvorteile, die einmal da sind, und eine neue Gesellschaftsschicht, die sich in ihrer unternehmerischen Initiative unablässig nach dem Motto feiert: "Wir stehen im Zentrum dieses Transformationsprozesses, und wenn wir alles machen, wie wir müssen und uns niemand in den Arm fällt, dann wird Chile weiter als kapitalistisches Land an der Spitze stehen und sehr erfolgreich sein." Damit vermengt sich das Feiern des neoliberalen Prinzips mit einer Art von Nationalismus, die in jedem Land der Welt ziemlich unangenehm ist.

In welchem Sinne lässt sich denn überhaupt noch von einer Linken in Chile sprechen? Wenn sich die Linke weitreichend verändert hat bzw. in die Defensive geraten ist, welche Perspektiven existieren für eine Linke in Chile noch? Was kann umgekehrt Chile der Linken noch sagen oder gar lehren?

Müller-Plantenberg: Utopien sind zwar beizeiten nützlich, aber wenn sie vollkommen jenseits jeden Realitätsbezugs liegen, dann helfen sie nicht sehr viel weiter. In diesem Sinne gilt es, sich in den Erwartungen an die chilenische Linke zu beschränken. Ich glaube, dass es ihr möglich sein könnte und müsste, im Augenblick zwei große Aufgaben zu erfüllen. Die eine ist, für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen: Ich glaube, da ist nicht ausgereizt, was innerhalb des neoliberalen Modells möglich ist. Wenn es momentan auch nicht darum gehen kann (aber müsste), das neoliberale Modell grundsätzlich aus den Angeln zu heben, so müsste doch seine soziale Komponente gestärkt werden. Die Wachstumserfolge sind dafür groß genug. Die zweite große Aufgabe der chilenischen Linken würde ich darin sehen, die Hegemonie dieses kulturellen Konservatismus zu brechen, einfach ein gewisses Ausmaß an Laizismus oder wenigstens an kritischem Christentum wieder in der Gesellschaft wirksam werden zu lassen; daran hapert es im Augenblick vollkommen.

Boris: Ich kann mich dem nur anschließen und feststellen, dass die chilenische Gesellschaft bis vor kurzem doch einen gewissen Entpolitisierungsprozess erfahren hat. Gerade das massive Fernbleiben von jüngeren Chileninnen und Chilenen bei den jüngsten Wahlen, ist nach weniger als einer Dekade nach der überwundenen Diktatur schon eine etwas merkwürdige Konstellation. Die Zeichen stehen im Moment auf Entpolitisierung, Stärkung der privaten Orientierungen und Technikfetischismus. Es gibt viele Stimmen, die sagen, dass die Parteienkonstellation der *concertación* sich überlebt hat. Die hohen Stimmenanteile für Joaquín Lavín deuten daraufhin, dass die bisherige Entwicklung so nicht weitergehen muss. Wenn ein dezidiert Vertreter der Rechten fast 50% der Stimmen erreicht – das hat es selbst vor zehn Jahren bei den Wahlen und im Plebiszit nicht gegeben –, so zeigt das schon eine starke Dominanz. Wie sich die Linke in einer veränderten Parteienkonstellation einfügen würde, ist vollkommen offen.

Müller-Plantenberg: Nur eine Bemerkung zur Entpolitisierung. Untersuchungen haben gezeigt, dass die Jugendlichen, die nicht zur Wahl gegangen sind, durchaus nicht total entpolitisiert oder gegen Politik überhaupt sind. Tatsache ist, dass die Stimmabgabe nichts an dem Ergebnis der Politik ändert. Die Verfassung macht es unmöglich, ernsthaft etwas in Chile zu ändern, egal wie die Leute abstimmen. Das haben die Jugendlichen erkannt. Wenn nicht all die Älteren schon eingeschrieben wären, sondern sich erst noch einschreiben müssten, dann würden sie wahrscheinlich genauso wenig zur Wahl gehen. Deshalb ist dieser Tatbestand allein nicht sehr aussagekräftig, wohl aber ein Misstrauensbeweis gegen das geltende politische System, seine Strukturen und Repräsentanten, und natürlich gegen diese Verfassung, die im Kern undemokratisch ist.

Meschkat: Es ist sehr schwierig, Prognosen zu stellen. Ich denke, die Hoffnung sollte darauf gerichtet sein, dass man sich nicht vorstellen kann – und das ist vielleicht doch der Vorzug dieser institutionellen mittelfristigen Stabilität –, dass es in Chile ein Zurück zur Militärdiktatur gibt. Das macht es möglich, dass in der Gesellschaft vielfältige politische und soziale Prozesse weitergehen, deren Konsequenzen wir schlecht überblicken. Wir haben uns sicher nicht vorgestellt, dass nach der Rückkehr zur formalen Demokratie gerade der Sektor der *Indígenas* derjenige sein würde, der am stärksten mit seinen Forderungen und Anliegen in den Vordergrund tritt. Nach wie vor beruht dieses ganze ökonomische Mo-

dell auf einer gewaltigen Überausbeutung der natürlichen Ressourcen des Landes. Die Frage ist dann, welche Konsequenzen man daraus zieht. Mir scheint dieses ganze System auch in ökonomischer Hinsicht ein sehr prekäres System zu sein, so dass es darauf ankommt, in welchen Sektoren der Bevölkerung sich ein Bewusstsein darüber herstellen wird. Gerade bei möglichen Voraussagen derart, dass künftig Krisen mit der Kampfbereitschaft irgendwelcher Volkssektoren verbunden sind, wäre ich außerordentlich vorsichtig. Aber auch für Chile gilt, dass die Geschichte bestimmt noch nicht an ihrem Ende angekommen ist.